

# Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 52

PDF erstellt am: **28.04.2024**

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## Haftungsausschluss

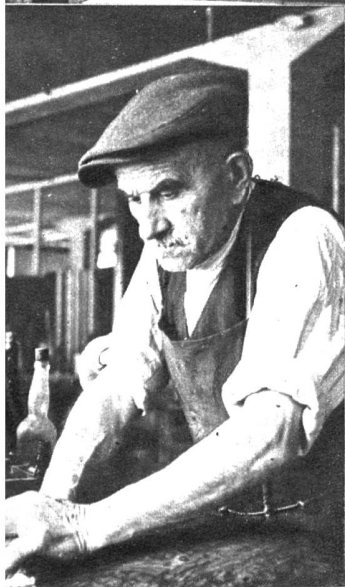
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Links oben:

### Restaurierte Krypta im Untergeschoss einer Berner Kirche

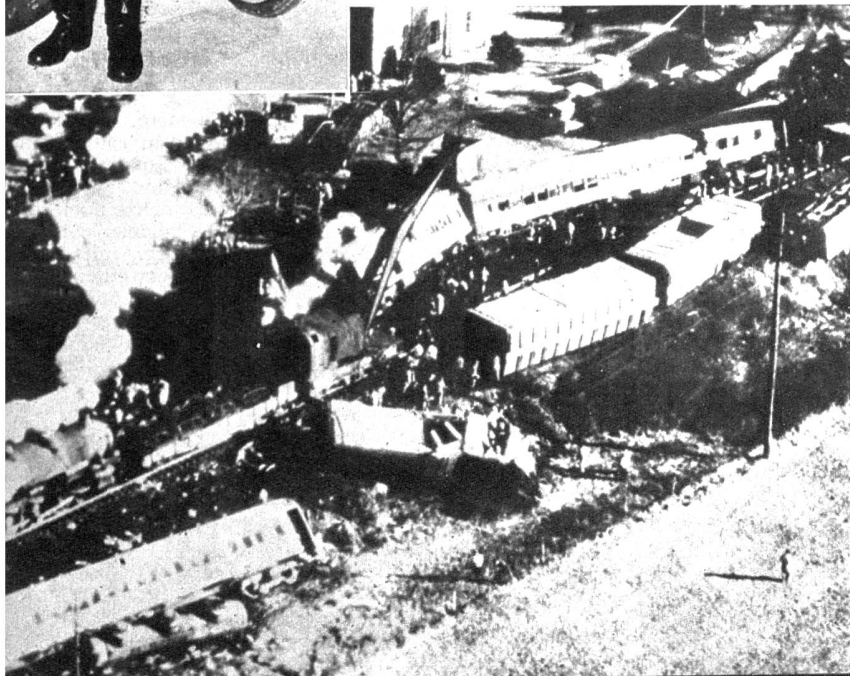
Die St. Peter- und Paulskirche beim Berner Rathaus weist als besondere bauliche Eigentümlichkeit unter ihrem Schiff eine Krypta auf. Die christkatholische Kirchgemeinde liess diese kürzlich durch Architekt Karl Keller in glücklicher Weise restaurieren. Eine neue halb indirekte Beleuchtung lässt die interessante Gewölbekonstruktion gut zur Geltung kommen. In der Krypta befinden sich Grab und Denkmalsbüste von Pfarrer Baud, dem Erbauer der Kirche (1864). (Photopress)



Links:

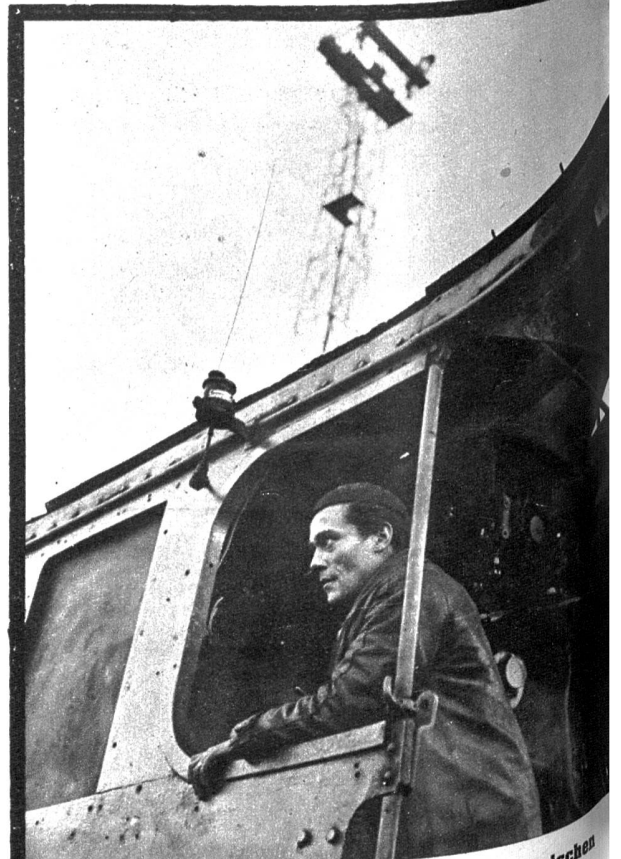
Vor etlichen Tagen hat in einer Möbelfabrik in Travers der Arbeiter **Albert Perrinjaquet** sein 50. Dienstjahr am nämlichen Arbeitsplatz abgeschlossen, ein Ereignis, das vom ganzen Betriebe gefeiert wurde. Dem Jubilaren, der 70 Jahre alt ist, übergab die Geschäftsleitung ein Etui mit 10 blitzenden Goldvögelchen. (ATP)

Dem 23jährigen amerikanischen Piloten **Chalmers Goodlin** ist es gelungen, mit einem neuen Modell eines Armeeflugzeuges die Stundengeschwindigkeit von 880 Kilometer zu erreichen.



### Der Bundesrat hat befördert:

**Links:** Major König, Erich, geb. 1907, von Deisswil, zum Chef des Dienstkreises IV, Flugzeugbeschaffung, der Kriegstechnischen Abteilung. (Photopress)  
**Mitte:** Edwin Bucher, dipl. Bauing. ETH, Leiter des Institutes für Schnee- und Lawinenforschung auf dem Weissfluhjoch (Davos) zum Inspektor für Forstwesen, Jagd und Fischerei.  
**Rechts:** Oberst **Sturzenegger Hugo**, geb. 1904, von Wald, zum I. Sektionschef der Abteilung für Landestopographie



### Kurzwellengeräte in den französischen

In den grossen französischen Bahnhöfen sind nach längeren Versuchen neue wichtige Einrichtungen geschaffen worden. Es handelt sich um radiotelephonische Geräte, mit deren Hilfe Ein- und Ausfahrt der Züge und vor allem das Manövrieren sich sicher gestalten soll.

### Dreifacher Zugzusammenstoss

In Mansfield (Ohio) kam es zu einem dreifachen Zugzusammenstoss. Erst fuhren zwei Güterzüge ineinander, weil der vordere wegen Bremsstörung auf offener Strecke zum Stehen kam. Hier gab es keine Opfer, doch als der Pittsburg—Chicago—Schnellzug aus der entgegengesetzten Richtung in die Trümmer hineinsaute, entgleiste er. Drei Wagen wurden umgekippt und sämtliche beschädigten und 50 Schwerverletzte aus dem Chaos geborgen werden. (ATP)

## Explosionskatastrophe in Neuyork

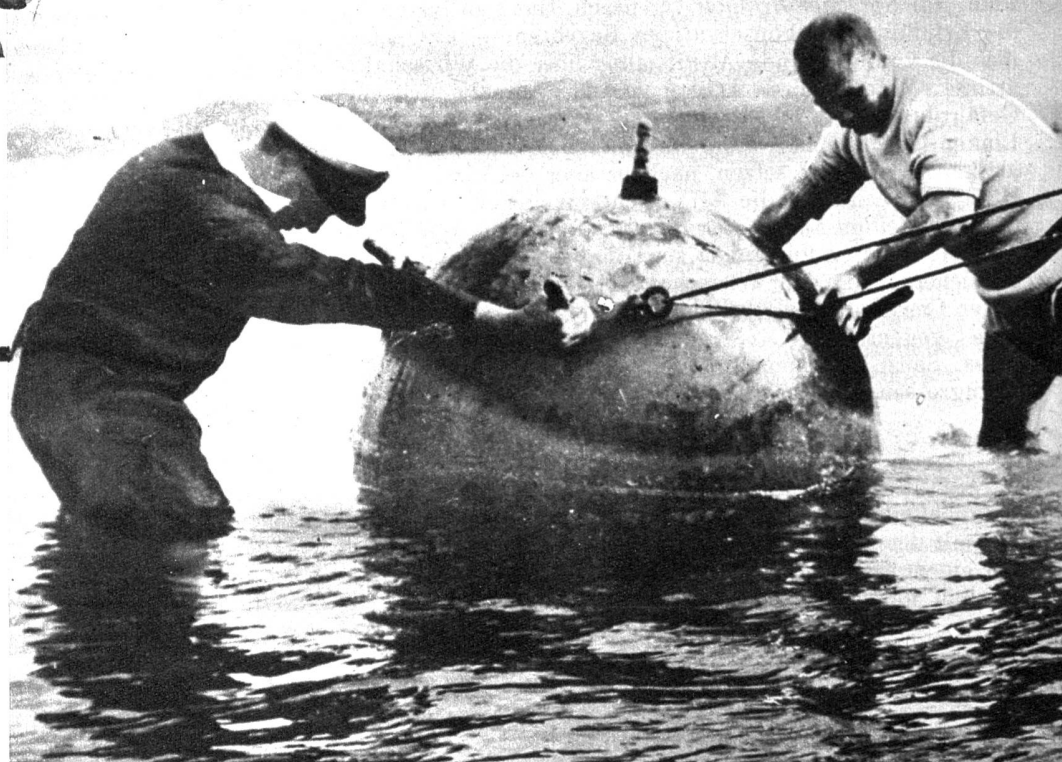
Am 12. Dezember ereignete sich in einem Neuyorker Kühlhaus eine gewaltige Explosion, die das ganze zehnstöckige Gebäude sowie den angrenzenden Wohnblock in Trümmer legte. Dabei kamen 36 Personen ums Leben, während 24 weitere schwer verletzt wurden. — Unser Bild zeigt das Trümmerfeld an der Unglücksstätte während den schwierigen Bergungsarbeiten



## Bahnhöfen

Links: Der Bahnhofinspektor mit dem kleinen radioelektrischen Sender und Empfänger

Rechts: Die an der Aussenwand der Lokomotive angebrachte Antenne, die mit dem Lautsprecher im Führerstand verbunden ist



## Deutsche Minen in der Strasse von Korfu?

Nachdem zwei englische Zerstörer bei der Durchfahrt durch die Strasse von Korfu schwer beschädigt worden waren, verfügte die britische Admiralität die Säuberung der Meerstrasse von den Minen. Die Minen deutschen Ursprungs sein, vermuten die Engländer, sie seien von den Albanern gelegt worden. (PP)

# POLITISCHE RUNDSCHAU

## Die Altersversicherung unter Dach

-an- Ist sie wirklich unter Dach? Wir müssen leider sagen: Keineswegs. Dass das Referendum gegen die Vorlage ergriffen werden wird, davon scheinen sämtliche Bundes-, National- und Ständeräte überzeugt zu sein. Und ebenso davon, dass es einen Kampf absetzen werde, wie man ihn nach den Schlussabstimmungen in den Räten eigentlich nicht erwarten sollte. Mit 170 gegen 8 Stimmen — bei 8 Enthaltungen — hat der Nationalrat zugestimmt. Mit 34 Ja gegen 1 Nein, bei 2 Enthaltungen, der Ständerat. Vier nichtstimmende Ständeräte hätten ebenfalls Ja gesagt, versicherte der Ratspräsident. Alles in allem: Ein schönes Bild. Aber ein Nationalrat war der Ansicht, dass die 16 Nein schwer wögen (auch die 8 Enthalter meinten eigentlich ein Nein...).

Mit frohem Mute gingen die Räte vor bald einer Woche schon nach Hause; vernügflich klangen die Kommentare über die Schlussergebnisse überall dort, wo man sich als Sieger in den Parlamentsdebatten fühlte. Mit Sorgenfalten aber musste jeder an *einige noch kurz vor Torschluss fallende Voten* denken, aus welchen uns deutlich die Möglichkeiten ansprechen, wie sie sich bis zum Referendumskampf und bis zum Abstimmungstage entwickeln können. Wir denken da insbesondere an die *Erklärung des Thurgauers Wartmann*, der im Namen der *nationalrätlichen Bauernfraktion* erklärte, diese seine Fraktion erwarte, dass *zuerst die Volksabstimmung über die Wirtschaftsartikel* durchgeführt werde.

Die *katholisch-konservative Fraktion* liess durch den St. Galler *Holenstein* das gleiche Begehren bekanntgeben, neben andern, die in erster Linie auf die Verwendung der Einnahmenüberschüsse aus den Ausgleichskassen hinzielen. In der März-Session der Räte müsse auf alle Fälle entschieden werden, welche Beträge für den *Familienschutz und für Arbeitnehmer und Selbständige in der Landwirtschaft* bereitgestellt würden. *Nur unter dieser Bedingung* empfehle seine Fraktion ihren Angehörigen ein Ja für die Schlussabstimmung. Mit andern Worten: *Eine ganze Anzahl Ja-Stimmen sind von Anfang an nur bedingt abgegeben worden.*

Die Frage, was vorgehen solle, die AHV oder die Wirtschaftsartikel, rief die *sozialistische Opposition* auf den Plan. Ihr *Sprecher Bringolf* versprach, Hand zu bieten für die Erfüllung der konservativen Begehren — ausgenommen die vorausgehende Abstimmung über die Wirtschaftsartikel. Würden diese Artikel vorgehen, ergäbe sich eine Gefährdung der AHV. Mit andern Worten: Wir von der Linken fürchten, man werde uns brauchen, die Wirtschaftsartikel in Kraft zu setzen, nachher aber bekämen wir die Hilfe von rechts für die AHV nicht. Wogegen Wartmann die *gegenteilige Furcht der Bauern* aussprach: Wir fürchten, wir könnten gut genug sein, den Arbeitern ihre AHV zu sichern. Bei den Wirtschaftsartikeln aber wären wir unter Umständen «allein und lackiert». Es ist ein gefährliches gegenseitiges Misstrauen, das unbedingt schwinden muss. Sonst bekommen die geschworenen Gegner der AHV allzugrossen Zuzug...

## Annäherung

Sämtliche Gerüchte über die *Krankheit Staäns*, über die Möglichkeit seines baldigen Ablebens werden von Moskau aus mit derselben Bestimmtheit dementiert, wie dies schon vor einem halben Jahre geschah. Damals erwies sich, dass Moskau nicht schwindelte. Man hat auch diesmal keinen

Grund, anzunehmen, die Dementis wären weniger begründet. Grund hingegen hat man, zu vermuten, eine der Hoffnungen, auf welche die Gegner der moskowitzischen Politik setzen, sei der «Diadochenkampf» im Kreml, die Auseinandersetzung zwischen dem vielgenannten Schdanow und den verschiedenen andern roten Obergewossen. Von einer kritischen Zuspitzung der Differenzen zwischen der Generalität und der Partei wird in letzter Zeit weniger gesprochen. Klar! Denn eine Militärdiktatur sähe man eigentlich ungern. Würde sie doch nach Ansicht dieser spekulierenden Propheten ein Erstarken des Staates anzeigen. Und man sähe doch lieber den Zerfall. Wobei man sich fragen muss, ob nicht eben der Aufstieg der Militärmacht zur Macht den Staatszerfall beweisen würde...

Es braucht vielleicht ein halbes Jahr Entwicklung in jener Richtung, wie sie sich gerade in den letzten Wochen abzeichnete, um alle solchen Spekulationen zu widerlegen und in ihrer Sinnlosigkeit blosszulegen. Und wahrscheinlich brechen sich, wenn das allgewaltige Misstrauen gegen die Russen einmal schwindet, auch einige wichtige Erkenntnisse Bahn. Vor allem jene, dass *Stalin keine diktatorische Macht besitzt*. Dass sein Nachfolger als Sekretär der Partei nicht automatisch als «Diktator» nachrückt. Dass nach wie vor das «Politbüro» der Partei, eine Gruppe von Männern also, nicht ein einziger Kopf, die Richtlinien des Handelns für die Partei berät. Stalin errang seine Position dank seiner gewaltigen Willenskräfte und seiner Stetigkeit. Während des Krieges trug man diesem Einfluss des «Generalsekretärs» Rechnung und stellte ihn dem Volke als «Ministerpräsident» (Präsident des Rates der Volkskommissäre) und als Generalissimus vor. Er behielt diese Würden, kann sie aber wieder abgeben, genau wie sein Generalsekretariat. Unkontrollierten Meldungen gemäss wäre er übrigens just in der Partei zugunsten von Stellvertretern in den Hintergrund getreten.

Man muss auf diese Dinge aufmerksam machen, weil sie uns erklären helfen, weshalb die russische Politik einerseits mit solcher Zähigkeit an der Ausarbeitung all der verlangten «Sicherungen» arbeitete, und weshalb sie in jüngster Zeit so viel geschmeidiger geworden. Die russischen Vertreter in der «UNO» und im Aussenministerrat befolgen durchaus nicht das «Diktat» eines Mannes, sondern die *Richtlinien eines «Büros»*, das ähnlich wie seinerzeit Roosevelts «Gehirntrust» arbeitet und die sich verändernde Lage andauernd verfolgt und beurteilt. Auf Grund sehr wichtiger weltpolitischer Geschehnisse ist dieses Büro zur Ansicht gelangt, das Maximum des Erreichbaren in der nun bald anderthalb Jahre dauernden Auseinandersetzung mit den angelsächsischen Verbündeten sei erreicht. Man werde vor allem in den USA auf verschärfte Widerstände stossen. Mithin müsse der erreichte Kompromiss gesichert und fixiert werden. Im übrigen erfordere *die eigene wirtschaftliche Lage*, dass man womöglich von den Verbündeten finanzielle oder sonstwie geartete wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau erhalte. Selbst die *Drohung* einer militärischen Auseinandersetzung — geschweige denn ihre *Verwirklichung* — könne man nicht riskieren. Diese Erwägungen kreuzten sich mit einigen andern. *Moskau hat festgestellt, dass seine «deutsche Karte nicht sticht»*. Es bereitet sich auf weitere Reduktionen seiner *Festsetzungsarmee* vor, betreibt die *Re-Industrialisierung seiner Zone weit über das in Potsdam vorgesehene Mass hinaus*, gibt dies in aller Offenheit zu und begründet diesen «Vertragsbruch» damit, dass er sich *auf diese Weise die Reparationen aus der aufenden Wirtschaft verschaffe*.

Damit kündigt es die Grundlagen an, auf welchen es im kommenden Februar die «Deutschlanddebatte der Aussenminister», welche in Moskau stattfinden soll, führen will.

Warum decken die Russen dieses Spiel auf? Es widerlegt jeden Verdacht, als ob man die Deutschen ködern und gegen den Westen ausspielen wolle. Es sagt: Sie sollen zahlen, mit ihrer Arbeit. Für die Westmächte stellt es die Aufforderung dar, ihre Zonen auf gleiche Weise für die «reale Reparationsleistung» zu organisieren; damit kann die Last, die das Reich heute für den britischen und amerikanischen Steuerzahler bedeutet, in ein gutes Geschäft verwandelt werden. Unter der Voraussetzung, dass der Westen die Dinge «begreift», wird Moskau die Hand zur Vereinheitlichung der Zonen bieten. Die Eintracht der drei Grossmächte soll auf der Grundlage einer «gemeinen Herrschaft in Deutschland hergestellt werden.

Die Russen besuchen London...

Das ist eine der Nachrichten, die uns deutlich belehrt, wie in Moskau der Wind umgeschlagen. Molotow, der von der «UNO» heimkam, änderte seinen Reiseplan und machte einen Abstecher nach der britischen Hauptstadt. Es scheint sich um eine bedeutsame Geste, nicht um mehr, zu handeln, aber gemessen an den bisherigen Uebungen, am förmlichen, schroffen Ton, an der scheinbar übervorsichtigen und zugeknöpften Haltung, kommt einem ein solcher «Abstecher» eigentlich verwunderlich vor. Man hat Molotows Aeusserungen bekanntgegeben, dass er an der UNO-Versammlung und an der eben beendeten Aussenministertagung viel gelernt habe und gerüstet sei für die Deutschlanddebatte. Die Formulierung, die der russische Aussenminister gefunden, ist sehr sympathisch. Denn wer zugibt, dass er allerlei gelernt habe, lässt auch hoffen, dass er noch mehr lerne.

Vielleicht will auch die Sowjetdelegation, die im nächsten Quartal einmal nach London fährt, dies und das lernen. Gibt Moskau damit endlich eine erste Antwort auf die dargebotene britische Hand? Von der heute regierenden Partei in England ist ja, wenn man nachdenkt, dem Kreml mehr als ein vernünftiger Vorschlag gemacht worden. Man denke nur an das von Attlee vorgeschlagene Bündnis. Oder an das Angebot, russische Zeitungsartikel vollständig in der britischen Presse abzudrucken unter der Bedingung, dass die russischen Hauptzeitungen, die Regierungsorgane sind, britische Artikel ebenso unverkürzt brächten. Und mehr als einmal hat der britische Premier an die einfache Tatsache erinnert, dass die Russen Eng. and und die Engländer zuerst einmal kennen müssten, um ihre Politik zu verstehen. Nimmt man an, die Russen, Parteikommunisten selbstverständlich, staatliche oder gesellschaftliche Funktionäre, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Kolchosenbauern oder wer es nun sei, würden sich in England gründlich umsehen, den Parlamentsbetrieb studieren, den täglichen Betrieb in der Wirtschaft, im Pressewesen verfolgen, sich unter's Volk mischen und mit dem «Mann von der Strasse» reden, aber auch mit den Leuten aus der Gesellschaft — wer weiss, es resultiert daraus ein Kommissionsbericht, welcher in Moskau allerlei Ideen in Bewegung bringt!

Immerhin kann man beim Lesen aller Nachrichten über solche Besuche gewisse Ueberlegungen nicht loswerden. Die Russen kommen auf britische Einladung hin. Und sie schicken nicht irgendwen, sondern bestimmt ausgewählte Leute. Die Gegner werden spotten: Nur «parteiliche Genossen». Und wer die «absoluten Direktiven» des «Politbüros» als die alleinigen Marionetten baumeln, wird die Achseln zucken und sagen, von einer ideellen Wechselwirkung zwischen England und «Asien» werde keine Rede sein. Die Russen hielten einfach die Annahme der englischen Einladung für zweckmässig, weil sie darauf spekulierten, La-

bour-England aus der Zusammenarbeit mit den USA herauszumanövrieren und für sich zu gewinnen.

Zweifellos besteht in Moskau ein solcher Plan, muss bestehen, wenn man die Auseinandersetzung mit den USA als «naturnotwendig» ansieht. Genau wie man den Westen nach dem Viermächteabkommen in München auseinander-manövierte, wird man das Rezept wiederholen. Warum dann aber die Geschmeidigkeit den USA gegenüber? Die Misstrauischen sagen, Moskau wisse ganz genau, dass es die Freundschaft Englands nie gewinnen könne, wenn es Amerika gegenüber nicht konziliant auftrete. Nur unter der Voraussetzung, dass der Kreml die «UNO»-Arbeit, die Zusammenarbeit mit Amerika, die gemeinsame Grundlage in der Verwaltung der «Kolonie Deutschland» bejahe und suche, könne es die britische Zuneigung erwerben. Und es müsse Amerika die Rolle des Spielverderbers zuschieben — mithin Washington entweder zur loyalen Partnerschaft oder, falls drüben die Russlandfeinde Oberwasser kriegen sollten, zur Demaskierung zwingen.

Es scheint, dass man in Moskau die «Annäherung» just unter diesen Aspekten betreibt. Dass man geflissentlich übersieht, was drüben für Entwicklungen möglich sind — und auch, was tagtäglich geschieht. Zum Beispiel, dass in der USA-Armee die Infanteriedivisionen von 15 000 auf 18 000 Mann verstärkt und mit dreifacher Feuerkraft ausgestattet werden — im Zeichen der eben proklamierten Abrüstungsresolution der «UNO».

Die vierte Grossmacht, Frankreich, wird vielleicht in Moskau noch weniger Gewicht besitzen, als sie bei den bisherigen Aussenministerberatungen besass. Seit die britische und die amerikanische Zone zu einer Einheit verschmolzen wurden, stehen sich schon rein äusserlich nur noch zwei grosse Komplexe, der russische und der angelsächsische, gegenüber. Demgegenüber zählt die französische Deutschlandzone fast nicht mehr. Die innerpolitischen Sorgen Frankreichs sind vielleicht die Ursache dafür, dass man in Paris auch heute noch weit davon entfernt ist, zu begreifen, wie sich das heute geltende Regime in der Südwestecke des Reiches auswirkt. Man denkt nicht daran, wie die Anglo-Amerikaner, nun endlich und in aller Eile die deutsche Produktion durch Kapitalinvestierung anzukurbeln, die Rationen heraufzusetzen und all die Massnahmen abzustellen, die einfach aussehen wie eine «Organisation der Desorganisation» und nicht anders. Es rede nur einer mit schweizerischen Geschäftsleuten, die mit der französischen Zone Kontakt nehmen möchten und im «Berg von Formularen» einfach nicht weiterkommen.

Vielleicht bahnt die auf fünf Wochen — bis zur Wahl des Präsidenten der Republik — beschränkte «Aera Blum» auch in der Behandlung der Deutschen eine Wandlung an. Wenn entscheidende Massnahmen zur Rettung des Francs, wenn der Abbau der Subventionen, der Stop der Preis- und Lohnschraube, der Ausgleich des Budgets gelingen, wenn die Vorbedingungen geschaffen werden, um eine nachfolgende Koalitionsregierung und eine gemeinsame Basis für die neuerliche Zusammenarbeit der Kommunisten und des MRP zu ermöglichen, dann lässt sich auch eine französische Aussenpolitik denken, die konstruktiver als die bisherige arbeiten könnte. Das würde aber heissen: Eine Politik, die auch die russisch-angelsächsische Annäherung fördern würde. Mit dem blossen Vermitteln in Einzelfällen ist es nicht getan, und mit der blossen sturen Beanspruchung der Saar und der Ruhr ebensowenig.

Abgesehen von der Rolle Frankreichs, können wir am Jahresende sagen, dass aus der von Hitler und seinen selbstgemordeten und hingerichteten Mitpropheten angekündigten «Entzweiung der Russen und Angelsachsen binnen weniger Monate nach dem Siege» nichts geworden ist, dass sie sich — ganz im Gegenteil, heute erstmals einander nähern...